57. Jahrgang No. 301

Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und Illustr. Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 1. Juli 1909

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.25. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.80 und vierteljährlich Mark 2.40. Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen das Wort 4 Pfennig, fette Ueberschriftswort 10 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W

Telephon: Amt I, Nr. 10131—10148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wiener Strasse 1—5, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 81 und Gr. Frankfurterstr. 97, Rykestrasse 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorfer Strasse 27, Königstr. 56/57, Lothringer Strasse 3, Potsdamer Strasse 36, Bayreuther Strasse 32, Leipziger Str. 108, Kitzscherstr. 68, Strasse 8, Potsdamer Strasse 36, Bayreuther Strasse 32, Leipziger Str. 108, Kitzscherstr. 68, Rixdorf, Berlinerstr. 41, Schönberg, Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 34, Pankow, Bornholmer Str. 1, Lichtenberg, Frankfurt Chaussee 129, Weissensee, König-Chaussee 61b.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Bundesrat und schwarzer Block.

Die verbündeten Regierungen haben es jetzt sehr eilig, die Reichsfinanzreform oder vielmehr diejenigen Steuern, die ihnen das Zentrum und dessen Hörige, die Konservativen und Polen, allergnädigst bewilligen wollen, ins Trockene zu bringen. Daß diese Steuern ausschließlich auf die Schröpfung der arbeitenden Bevölkerung und des mobilen Kapitals unter Schonung des nimmersatten Agrariertums hinauslaufen, haben wir wiederholt dargelegt. Wie offiziös mitgeteilt wird, waren gestern vormittag die Mitglieder des Bundesrats im Beisein zahlreicher einzelstaatlicher Minister zu einer vertraulichen Besprechung versammelt, um zu der neuen Lage und der dadurch bedingten Gestaltung der Finanzreform Stellung zu nehmen. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird vorläufig strengstes Stillschweigen beobachtet.

Die Herrschaften werden nicht den geringsten Anlaß haben, auf ihre Beschlüsse besonders stolz zu sein. Denn die einzelstaatlichen Regierungen,

Bayern voran,

schwenken auf Befehl des Zentrums ein wie die Unteroffiziere. Wie ein Privat-Telegramm aus München meldet, unterläßt die bayerische Regierung, die die eigentliche Urheberin der Erbanfallsteuer ist, jede weitere Betreibung dieser Steuer im Bundesrat. Man scheint in bayerischen Regierungskreisen der Meinung zu sein, daß nun, nachdem in der Person des Kanzlers jedes Hindernis beseitigt ist, im Einvernehmen mit der neuen Regierung irgend eine neue Besitzsteuer doch noch zu erzielen sei. Schlimmsten Falles würde die bayerische Regierung sich sogar mit einer modifizierten Kotterungssteuer einverstanden erklären. An eine Reichstagsauflösung ist von keiner der verbündeten Regierungen bisher gedacht worden, und da die Führer des bayerischen Zentrums einer Reichstagsauflösung entschieden widerstreben, sei anzunehmen, daß auch bei etwa später noch zu erwartenden Zwischenfällen die bayerische Regierung sich gegen eine Reichstagsauflösung im Bundesrat erklären werde. Das „Bayerische Vaterland" bestätigt, wie weiter aus München gemeldet wird, auf Grund eigener Informationen, daß der bayerische Ministerrat die Verständigung mit der neuen Reichstagsmehrheit beschlossen und die bayerischen Vertreter beim Bundesrat entsprechend instruiert hat. Der Ministerpräsident v. Podewils und der Finanzminister v. Pfaff haben dem Prinzregenten darüber Vortrag gehalten, und alsdann fand der entscheidende Ministerrat statt. Die Zentrumspresse hatte es bis in die letzten Tagen nicht an Einwirkungen auf die Regierung fehlen lassen und namentlich auf die von Berlin zurückkehrenden Minister angespielt, denen dann in München von den anderen Kollegen erst der richtige Standpunkt klargemacht werden mußte.

Man sieht, das Zentrum fühlt sich wieder als regierende Partei.

Die Heuchelei der Konservativen.

Unter der Ueberschrift „Entschuldigungsversuche" schreibt die offiziöse „Süddeutsche Reichskorrespondenz":

„In einem unparteiischen Blatt wird zur Rechtfertigung der Konservativen bemerkt, sie hätten als Folge ihrer Haltung in der Erbanfallsteuerfrage den Rücktritt des Reichskanzlers nicht gewollt. Diese Art der Entschuldigung sollten die Konservativen selbst ablehnen. Man führt nicht, mit Hilfe anderer, einen wohlerwogenen Streich, um dann zu murmeln, es sei aus Unbedacht geschehen. Man stürzt nicht nebenher und ahnungslos den Reichskanzler. Die konservativen Führer durften nach ihrer Kenntnis der politischen Lage keinen Augenblick im Zweifel sein, daß die Ablehnung der Erbanfallsteuer durch die konservative Partei den Rücktritt des Fürsten Bülow nach sich ziehen mußte. Sie wußten, was sie taten, als sie — unter polnischem Beistand — ein Mehrheit gerade gegen diese Vorlage zustande brachten. Diese Tatsache, daß die Konservativen durch parlamentarische Schachzüge mit dem Zentrum und den Polen zu ungelegener Zeit einen Kanzlerwechsel in Deutschland heraufbeschworen haben, ist durch nichts zu verdunkeln. Mit der Abstimmung der Konservativen in der Erbanfallsteuerfrage hat Fürst Bülow sein Entlassungsgesuch begründet und den Kaiser von der Notwendigkeit, es zu genehmigen, überzeugt. Auf die treuherzige Vermutung, der Entschluß zum Rücktritt sei vielleicht nicht unwiderruflich, kann nur ein Nichtwissender kommen. Der Kanzler hat mit seinem Abschiedsgesuch weder gespielt, noch ab irato gehandelt. Es ist ein vom Kaiser gebilligtes Ergebnis wirklicher Ueberlegung.

Zentrum und Polen wollten von vornherein die Schwierigkeiten der Reichsfinanzreform zum Sturz des Reichskanzlers benutzen. Dafür suchten sie Helfer und fanden die Konservativen."

Zu dem sattsam bekannten Gebaren des konservativen Agrariertums mit seinen verlogenen Patriotismusphrasen paßt die merkwürdige Heuchelei der konservativ-agrarischen Presse in diesen Tagen vortrefflich. Agrarier und Klerikale: diese schönen Seelen haben sich lange gesucht und endlich wiedergefunden. Es ist eine Lust, unter der Herrschaft dieses edlen Paares in Deutschland zu leben!

Helsingfors, 30. Juni. Der „Stanbert" mit dem Zaren und seiner Familie an Bord ist heute nacht aus Schweden auf der Stanbert-Klippe angekommen.

Bauern gegen Bündler.

Eine Konkurrenz

soll jetzt der Bund der Landwirte erhalten. Nach einer Mitteilung, die vom offiziösen „Wolffschen Telegr.-Bur." verbreitet wird, haben Vertreter des Bauernstandes aus dem ganzen Reiche gestern in Berlin unter Teilnahme von mehreren nationalliberalen und freikonservativen Reichstags- und Landtagsabgeordneten einen Deutschen Bauernbund gegründet, dessen Ziel es ist, die Interessen des Bauernstandes in der energischsten Weise zu fördern. Der neue Bund schließt namentlich diejenigen landwirtschaftlichen Interessenten zusammen, die mit der Art und Weise, wie der Bund der Landwirte die Landwirtschaft zu fördern sucht, nicht einverstanden sind. Besonders zahlreich beteiligten sich auch die Ansiedler aus den Provinzen Posen und Westpreußen. Die erste große Bundesversammlung findet am 6. Juli in Gnesen statt. Ins Präsidium wurden gewählt der Reichstagsabgeordnete Wachhorst de Wente (Erster Vorsitzender), ferner der Landtagsabgeordnete Wamhoff, der Reichstagsabgeordnete Löscher und der Landwirt Harte (Posen).

In den Kreisen der Ansiedler in Posen und Westpreußen hat es die größte Erbitterung hervorgerufen, daß der Bund der Landwirte für die Schaffung von sogenannten Restgütern auf den zur Ansiedlung bestimmten Gütern agitiert, und daß der agrarische Reichskanzler Fürst Bülow dieser Agitation seine Förderung zugesagt hat. Diese Restgüter sollen natürlich nichts anderes darstellen als neue Rittergüter, die Führern des Bundes der Landwirte oder deren Angehörigen übertragen werden sollen, damit der Einfluß des Großgrundbesitzes gegenüber den Bauern im Ansiedelungsgebiet in direktem Gegensatz zu den Bestimmungen der Ansiedelungsgesetze verstärkt wird. Die Nationalliberalen haben jetzt die in den Kreisen der Ansiedler mit Recht herrschende Entrüstung dazu benutzt, um ein Konkurrenzunternehmen gegen den Bund der Landwirte zu gründen. Man muß abwarten, ob der neugegründete Deutsche Bauernbund der gemeingefährlichen Agitation des Bundes der Landwirte mit derjenigen Entschiedenheit entgegentreten wird, die einzig und allein am Platze ist. Bisher haben die Nationalliberalen und Freikonservativen eine solche Entschiedenheit ganz und gar vermissen lassen, sie haben vielmehr bis jetzt das Treiben des Bundes der Landwirte auf jede Weise unterstützt und gefördert. Vor allem müßte es sich der neue Bund zum Ziele setzen, die Unterstützung zu bekämpfen, die heute noch viele Landräte und Staatsbeamte in Ostelbien dem Bunde der Landwirte angedeihen lassen. Gelingt es ihm, hierin dem Bunde der Landwirte Abbruch zu tun, so hat man schon etwas erreicht, denn der Bund der Landwirte lebt heute noch zum größten Teile von der Förderung, die ihm die Vertreter der preußischen Bureaukratie in Ostelbien zuteil werden lassen.

Die Teuerungsinterpellation im Reichstage.

Das gesamte deutsche Volk seufzt unter den unerschwinglich hohen Preisen, die infolge der verwüstenden agrarischen Wirtschaftspolitik auf allen Lebensmitteln und allen Lebensbedürfnissen lasten; nur Herr v. Bethmann-Hollweg, der philosophisch angehauchte Staatssekretär des Innern, bestritt bei seiner gestrigen Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation wegen zeitweiliger Aufhebung der Getreidezölle im Reichstage das Vorhandensein einer solchen allgemeinen Teuerung und gab deren Existenz in der Form verschlägt es freilich nichts, ob das Fünfgroschenbrot jetzt siebzig Pfennig kostet und die Schnaps bald nur noch mit Hilfe des Vergrößerungsglases wahrnehmbar ist. Aber der Arbeiter, der Handwerker, der kleine Gewerbetreibende und der kleine und mittlere Beamte, die bald nicht mehr wissen, wie sie ihre Familie erhalten sollen, denken anders über diese Tatsache, und man sollte von amtlichen Leiter der deutschen Sozialpolitik eigentlich die Fähigkeit erwarten, daß er sich ein Bild von den wirtschaftlichen Nöten des Volkes machen kann.

Die Agrarier, denen der Vertreter des Reichskanzlers wieder so schön die Stange hielt, als ob sie nie am Sturze des Fürsten Bülow mitgearbeitet hätten, verhielten sich im Bewußtsein ihrer schlechten Sache merkwürdig schweiglam, und ihre Mitläufer vermochten über die landläufigen Redensarten nicht hinauszukommen. Auch Herr Dr. Paasche (nationalliberal) fühlte sich verpflichtet, zu erklären, daß die Nationalliberalen ihre Auffassung über die Wirtschaftspolitik des Reiches nicht zu ändern wünschen; er mußte den Dank dafür in Form eines Händedruckes des Herrn Dr. Diederich Hahn entgegennehmen, den wir ihm von Herzen gönnen.

Fraktur redeten nur die Vertreter der Linken mit den Agrariern und der sie beschützenden Regierung. So der Interpellant Molkenbuhr (Sozialdemokrat), der sich besonders mit dem agrarischen Reichskanzler auseinandersetzte. Der Abgeordnete Kämpf (freisinnige Volkspartei), der gegenüber Herrn v. Bethmann-Hollweg feststellte, daß man schon im November 1907 im Bundesratstische von dem „vorübergehenden" Zustand redete, der Abgeordnete Fegter (freisinnige Vereinigung), der dem übermütigen Bunde der Landwirte sein ehtes Stündlein prophezeite, der Abgeordnete Dr. Südekum (Sozialdemokrat), der dem abwesenden Reichskanzler mit dürren Worten Pflichtvergessenheit vorwarf und das Agrarsystem beschuldigte, daß es ein Verbrechen am Volke verübe. Dann brach man die Besprechung ab, um heute die Wertzuwachssteuern der Finanzreform in Angriff zu nehmen, die das Volk abermals mit 400 Millionen belasten sollen!

Vor dem Generalstreik?

Gestern haben in Cardiff die Einigungsverhandlungen zwischen den Besitzern der Kohlenbergwerke und ihren Arbeitern begonnen. Wie aus London gemeldet wird, begegnen diese Verhandlungen in ganz England lebhaftem Interesse, da es von ihrem Ausgang abhängt, ob in ganz Großbritannien der Generalstreik proklamiert wird. Die Hoffnung auf Einigung wird durch den Vorschlag des Handelsministers Churchill, das Schiedsgerichtsverfahren zu vernehmen, genährt. Er hat die Vertreter beider Parteien aufgefordert, die Verhandlungen nicht abzubrechen, bevor sie mit ihm verhandelt hätten.

Sollte es zum Generalstreik kommen, so würde dieser den größten Arbeitskampf der neueren Zeit darstellen. Durch den Generalstreik würden 900,352 Arbeiter beschäftigungslos werden. Der Ausfall der Kohlenförderung würde wöchentlich etwa fünf Millionen Tonnen betragen.

Der Nachtkampf der Suffragettes.

Die Demonstrationen, die, wie wir berichtet haben, die Londoner Suffragettes am Dienstag abend vor dem englischen Parlamentsgebäude veranstaltet haben, dauerten bis zum Morgengrauen. Aus London wird über die Kämpfe der Suffragettes noch berichtet:

Etwa fünfzigtausend Menschen füllten die Straßen am Parlamentsgebäude. Die meisten beteiligten sich nicht an der Demonstration, sondern beobachteten diese nur unter lautem Johlen. Die Polizei sah sich genötigt, sich mit ihren Knütteln einen Weg durch die stürmende Volksmasse zu bahnen und die Tore des Parlaments zu schließen. Mit Hilfe berittener Mannschaften wurde schließlich ein Raum von 200 Metern um das Parlament freigemacht. Frau Panthurst, die bekannte Führerin der Suffragettes, wurde durch den absperrenden Polizeikordon mit der Deputation, die aus acht Damen bestand, bis ans Parlament durchgelassen. Hier, in weiter Ferne vom Publikum, überreichte ihr ein Polizeioffizier höflich einen Brief Asquiths, in dem der Premierminister sein Bedauern darüber ausspricht, daß er nichts Neues zu sagen habe. Aus Wut über die undramatisch höfliche Absertigung schlug Frau Panhurst dem Offizier den Helm herunter. Der Offizier setzte den Helm wieder auf und ersuchte die schlagfertige Dame höflich, wegzugehen. Verhaftungen wurden erst vorgenommen, als das Helmabschlagen allgemein wurde. Damit hatte die Deputation ihren Zweck erreicht. Die Menge begann aber schließlich zugleich gegen die Polizei und gegen die Suffragettes zu toben. Alle Scheiben im Ministerium des Inneren, im Palais des Geheimen Rats sowie im Schatzamt wurden eingeworfen. Drei Manifestantinnen wurden im Gedränge verletzt und mußten in ein Krankenhaus überführt werden. Wahrscheinlich ist die Zahl der Verletzten noch größer.

Der Prager Antimilitaristenprozeß.

Gestern begann vor dem Strafsenat des Prager Landgerichts die Verhandlung gegen die 46 tschechisch-nationalsozialen Antimilitaristen. Die Verhandlung dürfte längere Zeit in Anspruch nehmen und wird voraussichtlich für geheim erklärt werden. Trotz der Geheimerklärung wird an der Verhandlung aber ein großes Publikum teilnehmen können, da jeder der Angeklagten das Recht hat, drei Vertrauensmänner zu ernennen.

Sämtliche Angeklagte, die fast alle Arbeiter oder kleine Beamten sind, haben sich wegen mehrfach in Wort und Schrift begangener Verleitung von Militärpersonen zu gesetzwidrigen Handlungen, zum Teil auch wegen Majestätsbeleidigung, sowie wegen mehrerer Uebertretungen (Amtsehrenbeleidigung 2c.) zu verantworten. Sie werden beschuldigt, daß sie in den Jahren 1906 bis 1909 junge Leute, die bereits zum Militärdienst aufgehoben oder ihrer Stellungspflicht noch nicht nachgekommen waren, zur Verweigerung der bereits beschworenen oder durch die Staatsgesetze jedem Bürger vorgeschriebenen Pflicht des Kriegsdienstes und des Gehorsams zu bewegen suchten. Der Prozeß ist das Ergebnis der behördlichen Aktion, die Mitte Februar gegen die von den Abgeordneten Klofac und Choc geleitete Propaganda begonnen wurde, obwohl die Haussuchungen, die damals in den Wohnungen der nationalsozialen Parteiführer, Abgeordneten und Redakteure sowie in den Redaktionen der Parteiorgane vorgenommen wurden, im großen und ganzen nur geringes Material zutage förderten.

Ob der Prozeß politisch klug ist und nützlich wirken wird, ist sehr fraglich. Tatsächlich hatte man noch in den letzten Tagen erwartet, daß er niedergeschlagen werde. Die Hauptschuldigen sind durch den Mangel an Beweisen und mehr noch durch die Immunität geschützt, und daß die Nationalsozialen es verstehen werden, sich die Gloriole des nationalen Märtyrertums ums Haupt zu winden, haben sie wiederholt bewiesen.

Pittsburg, 30. Juni. Mehr als 10,000 gelernte Arbeiter der Amerikanischen Platten- und Weißblech-Compagnie, der verschiedene Fabriken in Pennsylvania, Ohio, West-Virginia und Indiana gehören, werden um Mitternacht in den Streik treten, weil zu diesem Zeitpunkt eine Anordnung der Gesellschaft in Kraft tritt, wonach nichtunionistische Arbeiter neben unionistischen zugelassen werden.